Sorauer Tageblatt

(Sorauer Wochenblatt)

Telegramme: Tageblatt Sorauniederlausitz

Postscheck-Konto: Nr. 854 Berlin NW. 7

Veröffentlichungsblatt des Magistrats der Kreisstadt Sorau N.-L.

Alleiniges Publikations-Organ des Magistrats von Christianstadt a. B.
Amtliches Nachrichten-Blatt der Stadt Halbau.

Fernsprecher Nr. 22 und 37

Giro-Konto bei der Reichsbank

Erscheinungsweise: Täglich außer an Sonn- und Feiertagen. — Bezugspreis: Bei Abholung in unseren Vertriebsstellen in Stadt und Land monatlich 2.— Reichsmark, im Wochenbezuge in unserer Geschäftsstelle 50 Reichspfennig, bei der Post abgeholt monatlich 2.— Reichsmark zuzüglich 30 Reichspfennig Postzeitungsgebühr, durch den Briefträger ins Haus gebracht 36 Reichspfennig mehr. — Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitseinstellung oder Aussperrung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung des „Sorauer Tageblattes" oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Erfüllungs- und Gerichtsort ist Sorau N.-L.

Anzeigen: Die 8gespaltene Kolonelzeile im Anzeigenteil je Millimeterhöhe 9 Rpf. Im Reklameteil die 4gespaltene Kolonelzeile je Millimeterhöhe 35 Rpf. Für Anzeigen durch Fernsprecher aufgegeben 10% aber nicht mehr als 50 Rpf., für Anzeigen mit schwierigem Satz 25% und für Anzeigen, bei denen mehrere Firmen gemeinsam inserieren, 100% Aufschlag. Eine Gewähr für Richtigkeit kann bei telephonischer Aufgabe von Anzeigen nicht übernommen werden. Rabatt nach festem Tarif. Bei Zahlungsverzug und bei Konkursen erlischt jeder Anspruch auf denselben. — Anzeigenannahme bis 9 Uhr vorm., für größere Anzeigen ein Tag vor Erscheinen. — Erfüllungs- und Gerichtsort Sorau N.-L.

Nummer 20. **Freitag, den 24. Januar 1930.** **120. Jahrgang**

Koalitionsverhandlungen in Preußen.

Die große Koalition soll nunmehr Wirklichkeit werden. — Die Deutsche Volkspartei soll das Handelsministerium und einen Ministerposten ohne Portefeuille erhalten.

Wie wir von unterrichteter Seite erfahren, sind abermals im Preußischen Landtag Verhandlungen über die Erweiterung der Regierungsbasis von der Weimarer zur Großen Koalition eingeleitet worden. Während von einer Seite versichert wurde, daß der preußische Ministerpräsident Dr. Braun selbst die Verhandlungen führe, hören wir an gut unterrichteter Stelle, daß sich der Ministerpräsident nur informieren lasse und der Meinung sei, die eigentlichen Verhandlungen hätten die Parteien allein zu führen.

Die Besprechungen sollen hauptsächlich von führenden Vertretern des Zentrums, wohl dem Abg. Heß, und der Sozialdemokratie, hauptsächlich dem Abg. Heilmann, geleitet werden. Sie gehen dahin, der Deutschen Volkspartei außer dem Handelsministerium noch einen etatisierten Ministerposten ohne Portefeuille anzubieten.

Die Demokraten wurden von diesen Verhandlungen erst jetzt durch den Ministerpräsidenten unterrichtet. In der Fraktion soll große Mißstimmung darüber herrschen, daß nicht schon vorher eine Fühlungnahme stattgefunden habe, zumal den Demokraten bei den Plänen die hauptsächlichen politischen Opfer zugeschrieben werden. Denn es verlautet, daß außer dem demokratischen Handelsminister Dr. Schreiber auch der den Demokraten nahestehende Kultusminister Prof. Dr. Becker bei einem Eintritt der Volkspartei in die Regierung von seinem Posten scheiden würde. Denn für die Koalitionserweiterung habe die Sozialdemokratie wieder ihren alten Wunsch angemeldet, das Kultusministerium durch den Abg. König-Potsdam zu besetzen. Es ist anzunehmen, daß in der demokratischen Fraktion sich nicht ohne große Schwierigkeiten eine Mehrheit dafür finden wird, allein mit dem Finanzminister Hoepker-Aschoff in der Koalition zu bleiben.

Die demokratische Landtagsfraktion will sich am heutigen Freitag erneut mit der Koalitionsfrage beschäftigen.

Offiziell ist mit der Volkspartei noch keine Fühlung genommen. Doch verlautet, daß sie sich mit der vorgeschlagenen Regelung vorläufig zufrieden geben würde, zumal ihr noch hohe Beamtenposten angeboten würden, u. a. der Oberpräsident von Pommern, für welchen Posten der Abg. v. Eynern u. a. genannt wird. Die Demokraten wenden sich aber auch gegen den Plan eines Ministers ohne Portefeuille, der nur neue Kosten verursachen würde. Immerhin dürften sie sich nicht den grundsätzlichen Erwägungen verschließen, die auch beim Ministerpräsidenten für die Erweiterung der Koalition gerade im Augenblick eine Rolle gespielt haben.

Anläßlich der Auseinandersetzungen über Hilferding und Dr. Schacht im Reich, die die Lage der dortigen Regierungskoalition erschwert haben, glaubt man in maßgebenden preußischen Kreisen, zur Stabilisierung auch der Regierungsverhältnisse im Reich wesentlich beitragen zu können, wenn die alten Koalitionspläne möglichst bald verwirklicht würden; in Preußen erscheint zudem die große Koalition auch deshalb als sehr erwünscht, weil dann mit Hilfe der dann erreichten stabileren Mehrheit die Pläne zur Verwaltungsreform leichter durchgeführt werden könnten.

Nicht zuletzt spielen bei den Koalitionsverhandlungen, die am Donnerstag in den Abendstunden fortgesetzt wurden, auch Erwägungen über das Staatsgerichtshof-Urteil im Württemberger Falle eine Rolle, das bei seiner praktischen Anwendung auf Preußen den Neueinzug von 17 Abgeordneten der Splitterparteien in den Landtag zur Folge hätte.

In unterrichteten Kreisen rechnet man jedenfalls damit, daß diesmal die schon so oft erörterte Herbeiführung der großen Koalition in Preußen sehr bald Wirklichkeit werden wird.

Wer wird Präsident der B. I. Z.?

Neuyork, 24. Jan. (Radiodienst des „S. T.") **„Herald and Tribune" erfährt aus Bankkreisen, daß die amerikanischen Mitglieder der Haager Konferenz Gates W. Mac Garrah zum Präsidenten der internationalen Bank für Zahlungsausgleich, zu deren leitenden Direktor Pierre Quenay ausersehen sei, vorgeschlagen hätten. Mac Garrah selbst erklärt, daß ihm von dem Vorschlag nichts bekannt sei und lehnt auch jede Aeußerung darüber, ob er eine Wahl annehmen werde, ab. In Bankkreisen wird jedoch betont, daß Mac Garrah für den Posten ganz besonders geeignet sei, umso mehr, als Reynold und Traylor abgelehnt hätten.**

Opposition gegen das Zündholzmonopol.

Lebhafte Debatte gegen das Anleihe-Gesetz im Reichstag. — Zweite Lesung des Monopolgesetzes am Montag.

Der Reichstag trat am Donnerstag nachmittag zu seiner ersten Sitzung nach den Weihnachtsferien zusammen. Präsident Löbe gedachte des während der Ferien verstorbenen sozialdemokratischen Abg. Schlüter. Er teilt ferner mit, daß an Stelle des zum Reichswirtschaftsminister ernannten sozialdemokratischen Abgeordneten Schmidt der frühere Reichsfinanzminister Dr. Hilferding in den Enqueteausschuß zur Untersuchung der Absatzbedingungen der deutschen Wirtschaft eingetreten sei.

Die erste Lesung des Zündholzmonopolgesetzes, das den einzigen Gegenstand der Tagesordnung bildet, wurde von

Reichsfinanzminister Dr. Moldenhauer

eingeleitet, der damit zum ersten Male als Finanzminister vor den Reichstag trat. Er erklärte, daß er die Absicht gehabt habe, bei dieser Gelegenheit einen eingehenden Bericht über die Kassenlage des Reiches zu geben, weil ihre Kenntnis zur Würdigung der Kreuger-Anleihe notwendig erscheine. Leider könne er infolge des verspäteten Abschlusses der Haager Verhandlungen diese Absicht nicht durchführen.

Der Minister kündigte an, daß er im Ausschuß und bei der Beratung des Monopolgesetzes im Plenum die Kassenlage in voller Offenheit und Klarheit darstellen werde. Unter diesen Umständen wolle er sich heute mit wenigen einleitenden Worten begnügen. Der Minister wies darauf hin, daß die Anleihe an die Bedingung geknüpft sei, daß das Monopol am 31. Januar verabschiedet werde. Versuche, diesen Termin hinauszuschieben, seien leider erfolglos geblieben. Dr. Moldenhauer bat daher um Beschleunigung der Beratung.

Der Sozialdemokrat Dr. Herz

erklärte, daß seine Partei unter diesen Umständen ihre Stellungnahme verschieben müsse. Sie könne aber keine Zweifel darüber lassen, daß ihre Zustimmung davon abhänge, ob die ursprüngliche Vorlage aufrechterhalten bliebe oder ob die Abschwächungen des Reichsrats in der Behandlung der Konsumgesellschaften angenommen würden.

Der Deutschnationale Dr. Rademacher

erinnerte daran, daß Dr. Hilferding im September jede Absicht eines Zündholzmonopols abgeleugnet habe. Jetzt liege das Gesetz plötzlich vor, und zwar in Form einer Bindung auf mindestens 32 Jahre. Es handele sich diesmal nicht um eine durch unsere Kriegsgegner erzwungene Maßregel, sondern um eine freiwillige Bindung gegenüber einer ausländischen Privatperson. Der Redner fragte:

Wenn die Reichsregierung sich in dieser Weise festgelegt hat, was soll der deutsche Reichstag dann noch Scheinverhandlungen führen und Scheinbeschlüsse fassen? (Zustimmung rechts.)

Stärkste Bedenken äußerte er gegen die Art der Gewinnverteilung und gegen den Abschluß der Anleihe in Dollarwährung. Zusammengenommen ergäbe sich eine ungeheure Summe von Vorteilen für die ausländischen Kapitalisten. Dr. Rademacher schloß:

Auch hier wieder schmilzt ein Stück der deutschen Wirtschaft nach dem anderen hinweg, verrieben zwischen den Polen, der ausländischen Verschuldung und den inländischen sozialistischen Wirtschaftstendenzen.

Der Kommunist Dr. Neubauer sprach ebenfalls von dem Diktat einer ausländischen Kapitalmacht und lehnte das Monopolgesetz als eine staatlich garantierte Massenausplünderung ab.

Der Volksparteiler Beythien

nannte das Gesetz eine außerordentlich starke Zumutung an die bürgerlichen Parteien. Er fragte die Sozialdemokratie, ob sie bereit sei, eine Senkung der Steuern, namentlich der Realsteuern, zur Gesundung der Finanzen folgen zu lassen. Gewiß sei die langfristige 500-Millionen-Anleihe ein großes Positivum. Unerträglich sei aber beispielsweise die Sonderbevorzugung der Konsumgesellschaften.

In der vorliegenden Form sei das Gesetz für die Deutsche Volkspartei unannehmbar.

Der Wirtschaftsparteiler Borrmann

beschwerte sich gleichfalls über die Bevorzugung der Konsumvereine und machte die Beseitigung solcher Ungerechtigkeiten durch den Ausschuß zur Voraussetzung einer eventuellen Zustimmung.

Der bayerische Volksparteiler Rauch

lehnte das Gesetz als ein Mittel zur Einführung des Staatssozialismus ab und äußerte die Befürchtung, daß der Vertrag mit Herrn Kreuger zu einem Präzedenzfall für spätere Anleihen des Deutschen Reiches werden könne.

Der Demokrat Fischbeck

bemängelte die dürftige Begründung des Gesetzes und drohte ebenfalls mit einer negativen Stellungnahme, falls im Ausschuß die Wünsche zugunsten des Mittelstandes nicht berücksichtigt würden.

Der Nationalsozialist Stöhr

kündigte Ablehnung des ganzen Gesetzes an, falls die Abänderungsanträge seiner Partei nicht berücksichtigt würden.

Die Vorlage wurde nunmehr dem Haushaltsausschuß zugewiesen, der sie am Freitag und Sonnabend, notfalls auch noch am Montag beraten soll. Das Plenum vertagte sich zur zweiten Lesung des Monopolgesetzes auf Montag 3 Uhr.

Für Beschleunigung des Republikschutzgesetzes.

Die Demokratische Reichstagsfraktion hat in ihrer gestrigen Sitzung ihrem Befremden über die Verzögerung des Republikschutzgesetzes Ausdruck gegeben und beschlossen, die Regierung zur beschleunigten Verabschiedung dieses Gesetzes aufzufordern.

Die Reichsbankfrage.

Am nächsten Montag findet eine Besprechung der Fraktionsführer der Regierungsparteien statt, die in erster Linie der Reichsbankfrage gilt. Es ist anzunehmen, daß vorher von keiner Seite Entscheidungen getroffen werden oder eine Festlegung erfolgt. Auf der anderen Seite rechnet man in den Kreisen der Regierungsparteien darauf, daß bis dahin volle Klarheit über die Absichten und Ziele des Kabinetts in der Reichsbankfrage geschaffen wird.

Die Zentrumsfraktion steht hinter Dr. Wirth.

In der gestern nachmittag abgehaltenen Sitzung der Reichstagsfraktion des Zentrums berichtete Reichsminister Dr. Wirth in einem längeren Referat ausführlich über die Haager Konferenz. Fraktionsvorsitzender Dr. Brüning sprach zum Schluß dem Reichsminister Dr. Wirth den Dank der Fraktion aus und trat nochmals entschieden den Behauptungen entgegen, die in verleumderischer Weise über die Tätigkeit Dr. Wirths im Haag ausgestreut worden waren.

Kommunist Weber wird nicht bestätigt.

Der von der Mehrheit der Solinger Stadtverordnetenversammlung zum Oberbürgermeister gewählte Kommunist Weber wird, wie der „Sozialdemokratisch. Pressedienst" erfährt, von der Preußischen Regierung nicht bestätigt werden. Eine entsprechende Entscheidung des preußischen Innenministers ist zu erwarten, sobald der Bericht des Düsseldorfer Regierungspräsidenten in Berlin eingelaufen ist.

Eine Stadt in Konkurs.

In der letzten Stadtverordnetenversammlung von Gräfenhainichen wurde laut einer Leipziger Meldung beschlossen, den Etat für 1929 abzulehnen und das Konkursverfahren über die Stadt zu beantragen. Ein Antrag, die Selbstverwaltung der städtischen Betriebe aufzulösen, wurde gleichfalls angenommen. Außerdem wurde beschlossen, die Besoldungsordnung aufzuheben und mit Rücksicht auf die Finanzlage der Stadt eine Neueinstufung vorzunehmen.

Alle wollen eine große Flotte haben.

Die gestrige Vollversammlung in London. — Ein französischer Vorstoß. — Spanien droht mit dem Bau großer Schlachtschiffe.

London, 23. Jan. Donnerstag saßen die Delegierten der fünf Mächte im Saale der Königin Anna des St. James-Palastes um den Beratungstisch. Es werden zunächst einige Formalien erledigt. Nachdem der Generalsekretär der Konferenz erwählt ist, geht man zur eigentlichen Tagesordnung über.

Der Führer jeder Delegation setzt die Flottenpolitik und die maritimen Bedürfnisse seines Landes auseinander. Man versucht hier eine programmatische Erklärung zu den die Londoner Konferenz bewegenden Fragen als einen praktischen ziffernmäßigen Beitrag zum Abrüstungsproblem zu liefern. Die Konferenzregie hat deshalb seit gestern

die Eifersüchteleien der teilnehmenden Mächte

zu beschwichtigen versucht mit dem Hinweis, daß die Aufwerfung des Problems des gegenseitigen Kräfteverhältnisses — man denkt an Italien und Frankreich, Japan und die Vereinigten Staaten — die Konferenz gleich an ihrem Anfange zu töten geeignet wäre. Die Konferenzleitung hat ferner zwei starke Bollwerke gegen alle Eventualitäten errichtet: einmal findet die Sitzung unter Ausschluß der Presse statt, sodann schließt sich an die Erklärung der Delegationsführer keinerlei Diskussion.

Der Vollbericht der Verhandlungen wird den Journalisten nach Schluß der Sitzung gegeben; diplomatische Limonade natürlich.

Den Mittwochnachmittag füllten die Unterhandlungen zwischen den einzelnen Delegationen aus, die dem einzigen Zweck galten, mit den von Frankreich schon jetzt in die Debatte geworfenen politischen Schwierigkeiten bekannt zu machen. Es bestätigt sich, daß die französische Delegation Forderungen erhebt, die die

Festigung der französischen Vormachtstellung in Europa

zum Ziele haben. Diese Forderungen sind:

1. Die französische Delegation wünscht einen Vertrag, welcher die Londoner Konferenzarbeit dem Werk der Abrüstungskommission des Völkerbundes in engsten Zusammenhang bringen würde. — Eine derartige Forderung ist für den amerikanischen Senat unannehmbar, andererseits würde die französische Kammer eine absolute Rechtsgültigkeit der hier gefaßten Beschlüsse ablehnen.

2. Die Franzosen verlangen, falls die Vereinigten Staaten einen Einbau von finanziellen und wirtschaftlichen Sanktionen in den Kellogpakt verweigern, über den geplanten Mittelmeerpakt hinaus die britische Zustim-